

L-01 Nein zum Backlash! Was auf Corona folgen muss

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.08.2020
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Leitantrag

1 Die Coronakrise hat unsere Gesellschaft als Ganzes getroffen und in so manchen Grundfesten
2 erschüttert. Nahezu von heute auf morgen fuhren die Menschen ihre sozialen Kontakte zurück.
3 Urlaubsreisen und Familientreffen fielen aus, Fußballstadien wurden für die Öffentlichkeit
4 geschlossen. Clubs, Konzertsäle und Theaterbühnen, Schulen und Kitas – alles geschlossen.
5 Für viele Arbeitgeber*innen war Home Office plötzlich das Gebot der Stunde. Der
6 Bundesfinanzminister kippte das Mantra der schwarzen Null und die Europäische Union nahm
7 erstmals gemeinsam Schulden auf.

8 In einem aber hat sich unsere Gesellschaft als stabil erwiesen. Den Frauen in diesem Land
9 wurde die klassische, fast schon überholt geglaubte Rolle der Mutter und Kümmerin
10 zugewiesen. Gleichzeitig wurde das, was gemeinhin als Privatleben gilt, praktisch unsichtbar
11 gemacht: Das bisschen Kinderbetreuung? Das werden die Frauen schon richten. Arbeiten können
12 sie ja nebenbei oder wenn die Kinder im Bett sind! Ja, die Jobs der Frauen sind
13 systemrelevant. Aber sie deshalb besser bezahlen? Wir müssen doch ganze Branchen retten!
14 Häusliche Gewalt? Wieso sollte das jetzt Thema sein?

15 Wir stellen fest: Frauen waren und sind von der Coronakrise in besonderer Weise, aber
16 durchaus unterschiedlich betroffen. Zwar sind viele ihrer Berufe nun offiziell
17 systemrelevant, sie bleiben aber schlecht bezahlt. Ihr größerer Anteil in menschnahen
18 Berufen – zum Beispiel als Verkäuferin, Sprechstundenhilfe oder als Krankenpflegerin – führt
19 dazu, dass sie deutlich häufiger an Covid-19 erkranken als Männer. Das Ausmaß der häuslichen
20 Gewalt gegenüber Frauen (und ihren Kindern) ist in der Krise und insbesondere während des
21 Lockdowns deutlich gestiegen. Und hatten Frauen schon vor der Coronakrise einen größeren
22 Teil der Care-Arbeit zu leisten, so hat sich dieses Ungleichgewicht während der Krise noch
23 verstärkt.

24 Diese Entwicklungen sind nicht unvorhersehbar aufgetreten. Sie lassen vielmehr einen
25 klareren Blick auf die schon lange bekannten strukturellen Probleme zu. Wenn wir Antworten
26 auf diese Ungerechtigkeiten finden wollen, dürfen wir nicht nur die akute Krise kritisch
27 betrachten. Natürlich müssen wir daraus Schlüsse für die Möglichkeit einer zweiten Welle
28 ziehen und dafür Sorge tragen, dass Frauen nicht erneut die Verliererinnen der Krise werden.
29 Aber wir müssen die Strukturen grundlegend ändern – über die Krise hinaus. Die Coronakrise
30 zeigt uns nicht nur überdeutlich, wo die Sollbruchstellen unserer Gesellschaft liegen – sie
31 mahnt uns auch zur Dringlichkeit, strukturelle Diskriminierungen zielgerichtet zu bekämpfen.

32 Politik in Zeiten der Pandemie oder: Die Pflicht zur Gender-Brille

33 Was viele von uns im Jahr 2020 nicht für möglich gehalten hätten, ist im Zuge der Corona-
34 Pandemie überraschend reibungslos geschehen. Kaum war die Krise da, erklärten uns
35 überwiegend Männer die Welt. Überall traten sie öffentlichkeitswirksam als Experten und
36 Krisenmanager in Erscheinung. Und im engsten Krisenstab der Kanzlerin saß zwar die
37 Verteidigungsministerin, nicht aber die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

38 Der Blick auf Frauen und ihre unterschiedlichen Lebenslagen: In der Hochphase der
39 Coronakrise fehlte er nahezu komplett. Die Folge: Bei akuten Entscheidungen wurden Frauen
40 und die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf Frauen nicht berücksichtigt. Das Risiko der
41 häuslichen Gewalt wurde ebenso ausgeblendet wie die Frage des Zugangs zur

42 Schwangerschaftskonfliktberatung. Schulen und Kitas wurden monatelang fast komplett
43 geschlossen, Care- und Bildungsarbeit weitgehend privatisiert und damit stillschweigend
44 überwiegend Frauen aufgebürdet. Frauen, die öffentlich einen finanziellen Ausgleich für ihre
45 teils existenzbedrohenden Einkommensverluste forderten, erlebten einen wahren Shitstorm.

46 Diese Erfahrung muss uns eine Lehre sein. Denn auch wenn wir die Leistung einzelner
47 männlicher Entscheidungsträger und Experten schätzen und dankbar für ihren Einsatz sind: Ein
48 derart männerdominiertes und geschlechterblindes Krisenmanagement, das uns
49 gleichstellungspolitisch um Jahrzehnte zurückwirft, darf sich nicht wiederholen. Für eine
50 mögliche zweite oder gar dritte Welle müssen wir sicherstellen, dass Frauen an den
51 relevanten Entscheidungen angemessen beteiligt werden – als Politikerinnen, als
52 Wissenschaftlerinnen, als Vertreterinnen klassisch weiblicher Berufsbranchen sowie der
53 einschlägigen Hilfe- und Beratungsstrukturen. Denn zukünftiges Krisenmanagement muss
54 zwingend die – durchaus unterschiedlichen – Perspektiven und Lebenslagen von Frauen
55 berücksichtigen. Damit Frauen nicht erneut Verliererinnen der Krise werden.

56 Hier ist zunächst die Bundesregierung gefragt. Denn auch wenn zentrale Bereiche wie
57 Gesundheit und Bildung am Ende Ländersache sind: Der Bund kann Leitlinien vorgeben und
58 Empfehlungen aussprechen. Er kann Prioritäten neu setzen. Und er kann mit gutem Beispiel
59 vorangehen. Für den weiteren Pandemieverlauf fordern wir paritätisch besetzte Krisenstäbe,
60 den Einbezug vielfältiger Expertisen und Stimmen und einen knallharten
61 Geschlechtergerechtigkeitscheck: Nur wenn Frauen von Hilfemaßnahmen gleichermaßen
62 profitieren wie alle anderen, werden diese Hilfemaßnahmen auch finanziert.

63 Kein Pandemieplan ohne Gewaltschutzkonzept und verlässliche Beratungsangebote

64 Häusliche Gewalt ist in Berlin während der ersten Coronawelle um circa 30 Prozent
65 angestiegen. Ärztinnen berichten nicht nur von höheren Fallzahlen, sondern auch von
66 zunehmender Schwere der Verletzungen. Betroffen sind in erste Linie Frauen und Kinder. Damit
67 bestätigt sich, was Expert*innen von Beginn an befürchtet hatten: Wenn Menschen in zu
68 kleinen Wohnungen zu lange zu Hause sind, wenn Existenzängste auftreten oder zunehmen: Dann
69 steigt das Aggressionspotenzial. Hinzu kommt, dass eine mögliche soziale Kontrolle durch
70 außerhäusliche Kontakte weitgehend wegfiel und professionelle Hilfsstrukturen nur
71 eingeschränkt zugänglich waren. Unter diesen Bedingungen blieben betroffene Frauen,
72 insbesondere Frauen mit Behinderung und ältere Frauen, weitgehend sich selbst überlassen.

73 Um Frauen und Kinder während einer zweiten Welle mit Kontaktbeschränkungen besser vor
74 häuslicher Gewalt zu schützen, müssen wir Gewaltschutz als essentiellen Teil in den
75 Pandemieplänen verankern. Konkret heißt das: Die Hilfsstrukturen müssen kurzfristig mit
76 zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Nur so können sie professionell auf
77 steigende Fallzahlen reagieren; nur so können sie wegbrechende physische Anlaufstellen durch
78 telefonische und digitale Informations- und Beratungsangebote auffangen. Gleichzeitig müssen
79 die Menschen, die in den Schutz- und Beratungsstrukturen arbeiten, als systemrelevant
80 eingestuft werden. Kampagnen, die einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit dienen sollen,
81 müssen weitgehend vorbereitet sein, so dass sie in Zeiten der Pandemie kurzfristig angepasst
82 und umgesetzt werden können.

83 Generell, aber eben auch in Zeiten einer Pandemie müssen Gewaltschutzkonzepte die
84 vielfältigen Lebenslagen von Frauen und Mädchen berücksichtigen. Frauen und Mädchen mit
85 Behinderung gehören schon in normalen Zeiten zu einer besonders vulnerablen Gruppe. Das
86 Gleiche gilt für Frauen und Mädchen in eng bewohnten Geflüchtetenunterkünften. Und auch für
87 lesbische, bi-, trans- und intersexuelle Frauen steigt in Krisenzeiten das Risiko für
88 Diskriminierung und Gewalt. Junge Frauen im Coming-Out sind zum Beispiel auf familiäre
89 Kontexte zurückgeworfen, die sie an ihren Lebensentscheidungen hindern wollen. Hier braucht

90 es jeweils konkrete, direkte und verstärkte Hilfs- und Beratungsangebote wie zum Beispiel
91 flächendeckende Besuchsdienste für ältere Frauen und Frauen mit Behinderung, dezentrale
92 Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Frauen oder zusätzliche Zufluchtwohnungen für
93 lesbische, bi-, trans- und intersexuelle Frauen. Telefonische Informations-, Beratungs- und
94 Unterstützungsangebote sind ebenso notwendig wie digitale.

95 Letzteres gilt für alle Beratungsangebote wie beispielsweise psychiatrische Vor- und
96 Nachsorge und im Besonderen auch für die Schwangerschaftskonfliktberatung. Gerade hier, wo
97 Frauen nicht wochenlang auf einen Termin warten können, muss gewährleistet sein, dass
98 Beratung schnell stattfinden kann. Und wenn Frauen sich für den Abbruch einer
99 Schwangerschaft entscheiden, muss sichergestellt sein, dass dieser schnellstmöglich
100 vorgenommen werden kann. Auch deshalb fordern wir, dass der medikamentöse Abbruch zu Hause
101 erleichtert wird.

102 Einkommensverluste abfedern: Corona-Elterngeld und -Pflegegeld

103 Sollte es sich nicht vermeiden lassen, dass Schulen und/oder Kitas erneut zumindest
104 teilweise geschlossen werden müssen, braucht es ein besseres Konzept als während der ersten
105 Coronawelle. Denn wenn Schulen und Kitas schließen, übernehmen in der Regel die Frauen die
106 Betreuung der Kinder. Das hat vor allem finanzielle Gründe, die strukturell geändert werden
107 müssen (siehe unten). Da diese Änderungen aber nicht von heute auf morgen wirken werden,
108 müssen wir insbesondere die konkrete Situation von Frauen in der Krise in den Blick nehmen.
109 Wir müssen also den akuten Wegfall ihrer Lohnarbeit ausgleichen. Dazu braucht es zum einen
110 ein echtes Corona-Elterngeld, das Eltern beantragen können, deren Kinder das 14. Lebensjahr
111 noch nicht vollendet haben, für Familien mit Kindern mit Behinderung bis zur Vollendung des
112 18. Lebensjahrs. Das Coronaelterngeld soll im Umfang grundsätzlich dem üblichen Elterngeld
113 entsprechen (67 Prozent des wegfallenden Netto-Einkommens bis maximal 1800 Euro), allerdings
114 durch eine Härtefallregelung ergänzt, so dass Familien, bei denen diese 67 Prozent bedeuten
115 würden, dass sie unter das Existenzminimum fallen, auch über die Leistung Coronaelterngeld
116 mehr gezahlt werden kann, ohne dass ALG II beantragt werden muss. Diese Elterngeld soll für
117 die gesamte Dauer des notwendigen Wegfalls der Erwerbsarbeit gezahlt werden. Wir wollen auch
118 in der Krise die partnerschaftliche Aufteilung von Carearbeit fördern, deshalb soll das
119 Coronaelterngeld auch einen Partnerschaftsbonus enthalten: Wenn beide Eltern einen Teil der
120 Carearbeit übernehmen, erhöht sich die Leistung auf 75 Prozent des wegfallenden
121 Nettoeinkommens. Da Alleinerziehende die zusätzlichen Kosten, die durch zu Hause bleibende
122 Kinder entstehen (wie beispielsweise Mittagessen, das es sonst in Kita oder Schule gegeben
123 hätte), in der Regel allein tragen müssen, weil die Unterhaltszahlungen nicht angepasst
124 werden, bekommen auch sie 75 Prozent ihres Nettoeinkommens.

125 Analog zum Coronaelterngeld wollen wir auch ein Coronapflegegeld für pflegende Angehörige,
126 wenn die professionelle Pflegeunterstützung nicht aufrechterhalten werden kann und somit
127 Lohn wegfällt.

128 Das Coronaelterngeld kann auch von Eltern beantragt werden, die theoretisch im Homeoffice
129 arbeiten könnten. Damit füllen wir die Lücke, die das Infektionsschutzgesetz lässt und das
130 Lohnfortzahlungen nur für Menschen vorsieht, die nicht von zu Hause arbeiten können. Denn
131 die Erfahrungen der ersten Welle haben gezeigt: Homeoffice und Kinderbetreuung geht nicht
132 zusammen. Kinder haben ein Recht auf eine gute Betreuung und Förderung, sie haben das Recht,
133 dass sich jemand ihnen zuwendet und ihre Bedürfnisse ernst nimmt – gerade mit kleinen
134 Kindern ist das nicht mit dem Homeoffice zu vereinbaren. Aber auch wenn ältere Kinder im
135 Haushalt leben, denen Eltern bei den Schulaufgaben helfen sollen, ist dies nicht zu leisten.
136 Wir erwarten für eine zweite Welle jedoch auch, dass Kinder, die schulpflichtig sind, zu
137 Hause nicht mehr von ihren Eltern beschult werden müssen, sondern dass ein echter

138 Fernunterricht stattfindet, also dass Lehrer*innen die Schüler*innen zu Hause anleiten und
139 begleiten. Dazu braucht es sowohl die notwendigen Kompetenzen bei den Lehrkräften und den
140 Schüler*innen als auch die notwendigen Voraussetzungen wie z.B. technische Ausstattung,
141 Internetverbindung und einen ruhigen Platz zum Lernen. Die Tablets, die an Berliner
142 Schüler*innen ausgegeben wurden, waren dabei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es fehlt
143 nach wie vor ein Konzept, das Fern- und Präsenzunterricht vernünftig verbindet. Hier sind
144 die Sommerferien verstrichen, ohne wirklich genutzt zu werden. Lehrkräfte hätten
145 fortgebildet und Infrastruktur geschaffen werden müssen. Dies den Schulen und Familien
146 allein zu überlassen, kann nicht funktionieren. Hier muss die zuständige Senatsverwaltung
147 dringend nachbessern. Darüber hinaus fordern wir effiziente und langfristig ausgelegte
148 Hygienekonzepte, die Lehrer*innen, Erzieher*innen sowie Kinder und Schüler*innen effizient
149 schützen. Das bedeutet zum Beispiel Einbauten von Belüftungsanlagen, Verkleinerung der
150 Gruppen oder Klassen und den Ausbau von sanitären Anlagen.

151 Damit wissenschaftliche Erkenntnisse gebündelt in politische Entscheidungen einfließen
152 können, fordern wir einen Bund-Länder-Gipfel, der sich mit dem Thema Bildung und Kita
153 befasst. Natürlich müssen die regionalen Bedingungen vor Ort immer dafür mit entscheidend
154 sein, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden. Aber ob bzw. unter welchen Bedingungen
155 z.B. Masken in Schulen oder gar im Unterricht Sinn machen, sollte einmal grundlegend geklärt
156 werden und dann müssen diese Grundlagenentscheidungen entsprechend der örtlichen
157 Gegebenheiten und des allgemeinen Infektionsgeschehens vor Ort angewendet werden. Genauso
158 könnte hier ein grundsätzliches Konzept erarbeitet werden, wie analoger und digitaler
159 Unterricht verknüpft werden kann und das beschreibt, unter welchen Umständen wie viel
160 Präsenzunterricht stattfinden kann. Dies wäre dann den Bedingungen vor Ort anzupassen. Es
161 kann nicht sein, dass Schulen und Lehrkräfte damit komplett allein gelassen werden.

162 Notbetreuungsanspruch für Alleinerziehende und Ausweitung der Kind-Krank-Tage

163 Die Notbetreuung von Kindern, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, hat während
164 der ersten Coronawelle in Berlin in den meisten Einrichtungen gut funktioniert. Unser Dank
165 gilt insbesondere den Erzieher*innen, Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen, die hier
166 weiterhin für die Kinder vor Ort waren und sie auch in dieser schwierigen Situation
167 unterstützt haben. Dennoch können wir Lehren für eine mögliche zweite Welle ziehen: Gerade
168 Alleinerziehende waren durch die strikten Kontaktbeschränkungen erneut vor besondere
169 Herausforderungen gestellt. Mit dem plötzlichen Wegfall außerhäuslicher Betreuungsangebote
170 wurde es für sie noch schwerer als sonst erwerbstätig zu sein. Bei einer möglichen zweiten
171 Welle müssen Alleinerziehende deshalb von Beginn an Anspruch auf Notbetreuung haben.

172 Es ist davon auszugehen, dass Kinder im bevorstehenden Herbst häufiger zu Hause bleiben
173 werden müssen, als normalerweise üblich. Weil Schulen und Kitas Kinder mit
174 Erkältungssymptomen nicht beschulen oder betreuen, müssen Eltern in die Lage versetzt
175 werden, sich um ihre Kinder zu kümmern. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, dass
176 sie die so genannten Kind-Krank-Tage ausweitet. Derzeit haben Eltern pro Kind und Elternteil
177 einen Anspruch auf zehn Kind-Krank-Tage im Jahr, Alleinerziehende haben Anspruch auf 20
178 Tage. Dies wird in vielen Familien und gerade in solchen mit kleinen Kindern, die sehr
179 schnell eine Schniefnase oder einen leichten Husten haben, bei weitem nicht ausreichen.

180 Erwerbsarbeit aller Frauen mitdenken

181 Eine weitere Gruppe von Frauen, die insbesondere finanziell unter den Kontaktbeschränkungen
182 gelitten haben, waren Sexarbeiter*innen und Prostituierte. Es darf nicht sein, dass eine
183 ohnehin marginalisierte Gruppe hier überhaupt nicht mitgedacht wird. Gerade Frauen, die
184 keine große Lobby haben, müssen sich darauf verlassen können, dass die Politik sie nicht

185 vergisst. Für eine zweite Welle muss deshalb rechtzeitig sichergestellt werden, dass auch
186 für diese Berufsgruppe ein Zugang zu finanziellen Hilfen gewährleistet ist.

187 Über die Krise hinaus: Für die Hälfte der Macht braucht es strukturelle Veränderungen

188 Die Ursachen dafür, dass viele Frauen so stark unter der Coronakrise gelitten haben, liegen
189 tief in unserer gesellschaftlichen Struktur verankert. „Typisch weibliche“ Berufe wie zum
190 Beispiel Kranken- und Altenpflegerin, Verkäuferin oder Erzieherin sind immer noch schlechter
191 bezahlt als „typisch männliche“ Berufe. Dass ausgerechnet in diesen Berufsgruppen das
192 Risiko, an Covid-19 zu erkranken, höher ist, scheint wie eine Ironie des Schicksals. Darüber
193 hinaus fördert unser Steuersystem nach wie vor die Alleinverdienerehe, in der das zweite
194 Gehalt lediglich ein Zuverdienst ist. Aufgrund des besser bezahlten Jobs ist in den meisten
195 Familien der Mann Hauptverdiener, während die Frau Teilzeit arbeitet und den Großteil der
196 Carearbeit übernimmt.

197 Um hier strukturell anzusetzen, müssen wir die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen ebenso
198 fördern wie eine gleichmäßigere Verteilung von Carearbeit. Die systemrelevanten, meist von
199 Frauen ausgeübten Berufe, müssen endlich aufgewertet werden – und zwar vor allem finanziell.
200 Darüber hinaus brauchen wir ein echtes, konsequentes Entgeltgleichheitsgesetz, damit Frauen
201 nicht weniger verdienen als ihre Kollegen mit den gleichen Qualifikationen, Erfahrungen und
202 Aufgaben. Ebenso überfällig ist die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer
203 Kindergrundsicherung. Nur so können wir den Gender Pay Gap verringern. Zudem muss die
204 steuerliche Schlechterstellung von Frauen bei Lohnersatzleistung ein Ende haben, indem diese
205 Leistungen grundsätzlich nach Steuerklasse IV berechnet werden.

206 Wir müssen beim Elterngeld und den Teilzeitregelungen nachsteuern. Denn leider wird
207 Carearbeit zwischen den Elternteilen oft nur dann gleichmäßiger aufgeteilt, wenn die
208 Familien dadurch keine finanziellen Verluste haben. Eine partnerschaftliche Aufteilung von
209 Carearbeit darf aber kein Luxus sein. Deshalb müssen wir gerade in Familien, die auf das
210 Einkommen des Mannes in voller Höhe angewiesen sind, höhere Elterngeldsätze prüfen. Auch
211 könnte Paaren, die sich die Elternzeit gleichmäßig aufteilen, ein höherer Elterngeldsatz
212 gezahlt werden. Über die erste Zeit mit kleinen Kindern hinaus muss es möglich sein, dass
213 Eltern paritätisch in Teilzeit arbeiten, ohne dadurch finanzielle Nachteile zu erfahren. Ein
214 Ausgleich für die Rentenkassen könnte hier helfen.

215 Und dann bleibt immer noch einiges zu tun. In Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sind
216 Frauen nach wie vor zu wenig vertreten – und zu selten in vorderster Reihe. Deshalb brauchen
217 wir Parité-Gesetze und Frauenquoten in Führungspositionen. Gender Mainstreaming muss endlich
218 konsequent umgesetzt werden, Gender Budgeting in jedem Haushalt verankert sein. Wir brauchen
219 eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie in Bund und Ländern und nicht zuletzt ein
220 Bundesinstitut für Gleichstellung.

221 Viele dieser Forderungen können wir nicht allein in Berlin durchsetzen – unsere Grüne
222 Bundestagsfraktion fordert hier zurecht das Handeln der Bundesregierung ein. Doch Berlin ist
223 eins der progressivsten Bundesländer, deshalb braucht es auch unsere laute Stimme, um diese
224 Ziele auf Bundesebene durchzusetzen.

225 Die Zukunft ist weiblich

226 Die Coronakrise hat viele Probleme wie durch ein Brennglas sichtbar werden lassen. Vieles,
227 was vorher unter der Decke gebrodelt hat, ließ sich nun nicht mehr verstecken und spätestens
228 jetzt wissen wir, was wir schon lange geahnt hatten: Wirkliche Gleichberechtigung ist noch
229 lange nicht erreicht. Doch genau deshalb hat Corona auch den Widerstand der Frauen wachsen
230 lassen. Krankenpflegerinnen, Ärztinnen, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen, Lehrerinnen und
231 Verkäuferinnen – genauso wie Mütter, die in allen möglichen Berufen arbeiten: Sie alle

232 wurden laut, haben auf ihre unterschiedlichen Lebensrealitäten aufmerksam gemacht und wollen
233 diese Ungerechtigkeit nicht länger auf sich sitzen lassen. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer
234 Seite und kämpfen für eine geschlechtergerechte Zukunft!